

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Adlig, Bernsdorf, Risdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Reudorf, Ortmannsdorf, Müllen St. Nicola, St. Jakob, St. Nikola, Staigendorf, Thurm, Niedermüllen, Ruffsnappel und Lirfchheim

Amtsblatt für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königl. Amtsgerichtsbezirk

56. Jahrgang.

Nr. 44.

Berufspreis-Merkmal: Nr. 7.

Freitag, den 23. Februar

Telegraphische Adressen:

1906.

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Festtagen) nachmittags für den folgenden Tag. Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mark 25 Pf., durch die Post bezogen 1 M. 50 Pf. Einzelne Nummern 10 Pfennige. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Zwickerstraße 397, alle Postämter, Postanstalten, Postboten, sowie die Austräger entgegen. Inserate werden die fünfgepaltene Grundzeile mit 10, für auswärtige Inserenten mit 15 Pfennigen berechnet. Im amtlichen Teil kostet die zweispaltige Zeile 30 Pfennige. — Inseraten-Aannahme täglich bis spätestens vormittags 10 Uhr.

Stadtparkasse Lichtenstein.

Einleger Guthaben 6 660 000 Mark, Reservefonds 450 000 M.,
Geschäftszeit 8-12 und 2-5 Uhr täglich.

Einlegerzinsfuß $3\frac{1}{2}\%$

Einlagen in den ersten drei Tagen eines Kalendermonats werden noch für den vollen Monat verzinst. Gewünschte Rückzahlungen erfolgen in der Regel ohne Kündigung und ohne Zinsverlust in beliebiger Höhe.

Stimmungsbild aus dem Reichstage.

(Eigen-Bericht.) nh. Berlin, 21. Februar 1906.

Der sozialdemokratische Initiativantrag auf Einführung des allgemeinen, geheimen, gleichen und direkten Wahlrechts in den deutschen Einzelstaaten wurde im Reichstage heute in zweiter Lesung begraben. Für den ersten Teil, der das allgemeine Prinzip aufstellte, stimmten nur die Sozialdemokraten und die Freisinnigen, für den zweiten Teil, der das Wahlrecht auch auf die Zwanzigjährigen und die Frauen ausdehnt wissen wollte, nur die Sozialdemokraten.

Die Debatte darüber fällt den ganzen heutigen Schwerinstag, den dritten bereits. Noch einmal liegen die Sozialdemokraten die ganze Phalanx ihrer Argumente aufzuführen, nicht weniger als drei der Ihrigen ergreifen das Wort, der Abg. Herzfeld, der Abg. Bernstein und zuletzt der Abg. Bebel, der die Debatte mit einer Rede schloß, in der er alle Kräfte seiner wirkungsvollen Oratorik spielen ließ. Alle drei Redner, insbesondere aber Bebel, bewegten sich mehr als es sonst bei ihnen üblich war, auf dem Gebiet allgemeiner geschichtsphilosophischer Betrachtungen. Sie suchten aus der Vergangenheit zu beweisen, daß Resolutionen allemal nur dann entstehen, wenn die herrschenden Klassen der zum politischen Selbstbewußtsein erwachten Masse diejenigen Rechte verweigerten, deren diese bedürften, um ihren politischen Wünschen Ausdruck zu verleihen. Und weil das hauptsächlichste dieser Rechte für den gegenwärtigen Augenblick das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht der deutschen Staatsbürger in Reich und Einzelstaaten wäre, so sei es eine weise Politik, dieses Recht zu gewähren, bevor es zu spät wäre. In den süddeutschen Staaten hätten die Regierungen und herrschenden Klassen das eingesehen und handelten danach. In den norddeutschen Staaten dagegen sträube man sich und verschänze sich hinter Kompetenzbedenken, die man bei anderen Mationen nicht kenne, welche das Interesse der herrschenden Klassen berühren. Man spiele im Gegenteil mit dem Gedanken einer Ausnahmegesetzgebung, obwohl man beim Sozialistengesetz, beim Kulturkampf die Erfahrung gemacht habe, und sie bei der Polenpolitik noch heute mache, daß die Politik des Druckes nur verstärkten Gegenbruch erzeuge.

Die Sache der Gegenseite führte Herr v. Karlowitz. Er erkannte den Gedanken des allgemeinen, nicht aber des geheimen Wahlrechts in abstracto als berechtigt an, bei den heutigen Umständen mache das Verhalten der Sozialdemokratie und die Rückwirkung der russischen Revolution seine Einführung in die Praxis aber unmöglich. Er vertrete damit denselben staatsmännischen Gedanken wie Bismarck, der sich über die Mangelhaftigkeit des Dreiklassenwahlsystems zwar klar gewesen wäre, aber gemußt hätte, daß die politische Reife in den deutschen Wählermassen noch nicht vorgeschritten genug sei, um es in dem führenden deutschen Bundesrat durch ein anderes zu ersetzen. Abg. v. Gerlach (fr. Vpt.) begründete in kurzen Worten die in der Abstimmung zum Ausdruck kommende Stellung der freisinnigen Parteien, und zwischen den Herren Stöcker und Bernstein entspann sich eine nicht eben bedeutungsvolle Polemik über „alle Kamellen“ wie den Schletterhaufenbrief um Hl. Flora daß verflochtenen Hammersteinischen Angebens. So endete der dritte Tag der parlamentarischen Wahlrechtsdebatte mit dem Motto: „Der Antrag kommt immer wieder!“

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Der Kaiser trat am gestrigen Mittwoch, aus Kopenhagen bezw. Kiel kommend, in Berlin wieder ein. Den Dienstag verlebte der Monarch in Kiel, wo Admiral Prinz Heinrich empfangen, Meldungen entgegengenommen, die Werft und Schiffe besichtigt wurden.

* Der Wahlrechtsausschuß der zweiten sächsischen Kammer wird voraussichtlich in der nächsten Woche den Landtage und der Regierung seine Vorschläge unterbreiten. Wie es heißt, hat der Ausschuß sich dahin geeinigt, ein Pluralsystem vorzuschlagen, bei dem Zusatzstimmen nach Maßgabe des Alters, der Bildung und des Steuerzins gewährt werden sollen.

* Zur Erbschaftsteuer haben die Abgeordneten Singer (Sozialdemokrat) und Bernstein eine Ertragsberechnung unter Zugrundelegung des Grundgesetzes der Besteuerung aller erbchaftlichen Vermögensübergänge vorgelegt. — Der Kommission liegen eine große Reihe von Petitionen um Erbschaftsteuer vor und zwar für: eine Inkeraten-, Klame- und Plakalsteuer, für eine Reform der Branntweinsteuer, Wehrsteuer, Reichseinkommensteuer, Besteuerung der Eisenbahnüberschüsse, Erhöhung der Börsensteuer, Teppichsteuer, Waldsteuerverwertung, Streichholzsteuer, Fakturensteuer, klassifizierte Vermögenssteuer, Junggefallensteuer, Kindersteuer, Steuer auf gefällte Walddämme sowie endlich eine Steuer auf Bartwuchsmittel und Parfümerien.

* Der deutsche Handelstag nahm eine Resolution an, in der die Notwendigkeit neuer Steuern zur Ordnung des Reichshaushaltsetats und Stärkung der Wehrmacht zur See anerkannt wird.

* Der Marineattaché bei der deutschen Botschaft in Tokio, Fregattenkapitän Trümmler, ist heimbekehrt worden und hat die Rückreise nach etwa vierwöchiger Aufenthalt in Japan nach Deutschland angetreten. Fregattenkapitän Trümmler hat auf japanischer Seite den großen Ereignissen zur See im russisch-japanischen Kriege beigewohnt.

* Es steht nunmehr der „N. Pol. Korresp.“ zufolge fest, daß Generalleutnant v. Trotha kein Truppenkommando mehr übernimmt, sondern mit Beendigung seines Urlaubs in den Ruhestand tritt.

* Einen erfreulichen Erfolg konnte der Gouverneur v. Lindquist melden. Er telegraphiert aus Windhuk: Cornelius von Bethanien mit ganzem Anhang hat sich bei Chamasis nordwestlich Berseba gestellt, einzige Bedingung Zusicherung des Lebens mit Ausnahme der Mörder.

* Angesichts der Verkehrsstockungen an der deutsch-russischen Grenze, die dadurch veranlaßt worden sind, daß die deutschen Waren, welche dort angefahren wurden, um noch vor dem 1. März zu den niedrigeren russischen Sätzen verzollt zu werden, russischerseits nicht mehr rechtzeitig übernommen werden, hat der deutsche Botschafter in Petersburg durch das Auswärtige Amt Weisung erhalten, unter Berufung auf den Geist und den Wortlaut des bestehenden Handelsvertrages nachdrücklich darauf hinzuwirken, daß von der russischen Zoll- und Eisenbahnverwaltung alles geschehe, um den fraglichen Mißständen abzuhelfen.

* Landwirte und Fleischer in Baden wollen den Zwischenhandel ausschalten. Zwischen dem badischen Bauernverein und den 21 Fleischer-

innungen Badens ist eine Vereinbarung getroffen worden, welche den direkten Verkehr zwischen Landwirt und Schlächter und eine Verbilligung der Fleischpreise herbeiführen will.

Oesterreich.

* Nachdem Kramarz im Abgeordnetenhaus in längerer Rede heftige Angriffe gegen Deutschland gerichtet hat, erklärte der Abgeordnete Mayer, er wünsche als Anhänger des durch Erkenntnis der inneren Interessen Oesterreichs und Deutschlands auf wirtschaftlicher Grundlage entstandenen Bündnisses beider Staaten, daß in beiden Ländern eine Politik des aufrichtigen Einverständnisses und gegenseitigen Eintretens für die gemeinsamen Interessen Platz greife. Abg. Bärreiter führte aus, für die auswärtigen Beziehungen sei es notwendig, eine stabile, sichere, loyale Politik auf Grund der Bündnisverträge zu verfolgen. „Niemand“, fuhr der Redner fort, „denkt heute daran, uns in Abenteuer zu verwickeln, wie auch wir nicht daran denken, uns in eine solche verwickeln zu lassen. Für den Minister des Auswärtigen ist es eine schwere Sache, Politik in großen Stile zu machen bei den traurigen inneren Zuständen haben und drüben. Wachen wir erst im Inneren Ordnung!“ (Beifall.) Frhr. von Morsey sprach sich ebenfalls für Aufrechterhaltung des Bundesverhältnisses zum Deutschen Reich aus.

* Eine gleichzeitig in Wien und Budapest veröffentlichte amtliche Bekanntmachung setzt den Handelsvertrag zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn zum 1. März in Kraft.

* Der leitende Ausschuß der verbündeten ungarischen Parteien hat beschlossen, daß die Mitglieder zu der für gestern anberaumten Sitzung des Abgeordnetenhauses nicht erscheinen sollen, da die Militärgewalt das Parlamentsgebäude abgesperrt und erklärt hat, daß die Abhaltung der Sitzung verhindert werden würde.

Rußland.

* Die Lage ist unverändert: Leere Kasernen, volle Gefängnisse, und trotz aller Verhaftungen, Attentate, Rebellionen und Diebstähle ohne Ende. Mehrere Minister, die mit der schärfsten Tonart der Regierung nicht einverstanden waren, haben demissioniert. Die Stadt Petersburg hat dem Großfürsten Nikolaus eine Adresse überreicht, in der sie den Truppen Petersburgs ihren Dank für die treue Pflichterfüllung während der Unruhen ausdrückt.

Schweiz.

* Bern. Wegen der zunehmenden antimilitaristischen Propaganda hat der Bundesrat verfügt, daß Ausländer, die sich an dieser Propaganda dadurch beteiligen, daß sie zur Verweigerung der Wehrpflicht oder des militärischen Gehorsams auffordern, aus dem Gebiet der Eidgenossenschaft auszuweisen sind.

Dertliches.

Lichtenstein, 22. Februar.

* — **Boigt-Stopp's Sänger.** Wie man uns mitteilt, konzertieren am Fastnachts-Dienstag im „Goldnen Helm“ die weltbekannten und überall mit größtem Erfolg aufgetretenen Boigt-Stopp's Sänger. Aus voller Ueberzeugung können die Sänger sämtlich als vorzügliche Kräfte empfohlen werden.

* — **Kündigung der Geschworenenliste beim Schwurgericht Zwickau.** An Stelle verschiedener durch Krankheit oder geschäftliche Behinderung in Wegfall gekommener Geschworenen ist u. a. Herr Kaufmann Reinert in Lichtenstein ausgelost worden.

erg-L.
nzert
to Hanke.
dition.
ch
usmittel
e wie:
pfehlen.
alität
mann,
era, in
Albert.
dien bei
ezeln,
rezeln
sch
endort.
leg. u. einf.
amen und
en in gro.
billig O.
han, Karl.
art.
phäm Berl.
uecht
n wird bei
gefucht
hte nstein.
ia.
onologis
tieten. Zu
d. Tagebl.
roßer Kam-
m 1. März
M.
Hohndorf,
schacht.
stube
Schubert,
5B.
Kungen
er
geblattes.